



2.13

www.unireport.info

»Willkommen und Abschied«

Zum Umzug vom Campus Bockenheim ins Westend Seite 12

Foto: Dettmar

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, zum Sommersemester 2013 vollzieht die Goethe-Universität den vielleicht wichtigsten Schritt bei der Campus-Verlagerung: Die Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften, die Psychologie und die Humangeographie beziehen ihr neues Quartier auf dem Campus Westend. Das unter dem Kürzel PEG firmierende Gebäude, bundesweit einer der größten Universitätsneubauten, wird künftig 10.000 Studierenden und mehreren hundert Mitarbeitern Platz bieten.

Nicht nur die Universität, sondern auch die Stadt und ihre Stadtteile stehen in einem dynamischen Prozess der Umgestaltung. Diesen als gemeinsames Thema zu betrachten – dafür hat sich Oberbürgermeister Peter Feldmann im Gespräch mit dem UniReport ausgesprochen. Feldmann appelliert an die Solidarität aller Bürger, wenn er die Bildungsbenachteiligung vieler junger Menschen in Frankfurt beklagt – und dazu gehören mit Blick auf die Wohnungsnot auch die Studierenden!

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!
Ihr Dirk Frank



GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

Johann Wolfgang Goethe-Universität | Postfach 11 19 32 60054 Frankfurt am Main | Pressesendung | D30699D Deutsche Post AG | Entgelt bezahlt

Stadt und Universität im Dialog

Oberbürgermeister Peter Feldmann über Bildungsgerechtigkeit und Wissenstransfer in Zeiten sozialer Umbrüche

Herr Feldmann, Sie haben in Marburg Politikwissenschaften studiert. Würden Sie, wenn Sie heute vor der Wahl stünden, dieses Fach nochmal studieren?

Ja, ich würde nochmal Politikwissenschaften studieren, und genauso in Kombination mit Soziologie, Europäischer Ethnologie und Pädagogik. Ich würde dann aber als Aufbaustudium nicht Medienwissenschaften, sondern Archäologie belegen – das hätte mich fasziniert.

Was hat Sie in Ihrem Studium am nachhaltigsten beeindruckt?

Was mich wohl am meisten geprägt hat, war weniger die wissenschaftliche Seite als die Möglichkeit, als Student im Bereich Wirtschaft und Gewerkschaften Erfahrungen zu machen und dort vieles auszuprobieren. Ich war damals AStA-Vorsitzender in Marburg. Zum anderen gab es in den 70er Jahren eine Diskussion, die mich bis heute begleitet, nämlich über die neuen Werte und Mittelschichten. Premierministerin Margaret Thatcher hatte damals in Großbritannien die Liberalisierung und Modernisierung des Landes gegen die Gewerkschaften durchgesetzt. Aber in diesem vermeintlich modernsten Land Europas waren gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit, der Zusammenhalt, das Heimatgefühl und das Bedürfnis nach Nähe viel stärker spürbar als in Ländern, die diesen Veränderungsprozess noch vor sich hatten. Ich habe daraus für mich mitgenommen, dass gerade in Zeiten sozialer Umbrüche das Bedürfnis nach Solidarität und Gemeinschaft am stärksten ist. Ich glaube, ich säße hier nicht als Oberbürgermeister, wenn in Frankfurt nicht viele Menschen sich gewünscht hätten, dass sich jemand der „alten“ SPD-Themen wie Kinderarmut, Wohnen, Bildung und Lernen annehmen würde.

Gab es in Ihrem Studium prägende Persönlichkeiten, die Ihnen besondere Impulse mit auf den Weg gegeben haben?

Das waren schon die linken Klassiker in Marburg, wie z. B. Frank Deppe, Reinhard Kühnl oder Georg Fülberth. Die Marburger betrieben damals eine sehr dogmatische Exegese der Schriften von Marx. An der Frankfurter Universität dagegen betonten die Sozialwissenschaftler die Differenziertheit von Marx, wenn er zum Beispiel davon spricht, dass man in England über eine funktionierende Demokratie auch eine andere Gesellschaft erreichen kann. Ich habe eher zur Frankfurter Exegese tendiert. Ich habe unter anderem auch bei Marx von den „arbeitenden Klassen“ im Plural gelesen. Eine Kleinigkeit auf den ersten Blick, aber es macht doch einen Unterschied, ob man von einem Block der Veränderung ausgeht oder von verschiedenen arbeitenden Gruppen spricht. Das hat mir in meiner mündlichen Prüfung eine schlechtere Note beschert – die Antwort passte wohl nicht ganz in das DKP-Konzept meiner Professoren (lacht).

Bei Ihrem Amtsantritt haben Sie das Thema Bildung als eines von fünf Kernthemen bezeichnet, Soziale Gerechtigkeit ist ein weiteres. Lässt sich beides vereinen?

Vielleicht etwas zur Situation in Frankfurt: Wir haben hier jedes vierte Kind in Kinderarmut! Das ist zwar keine Dritte-Welt-Armut, aber eine Benachteiligung im Hinblick auf Bildungschancen. In Frankfurt machen in einigen Stadtteilen 80 % eines Jahrgangs Abitur, in anderen dagegen nur 14 %. Ich bin im Stadtteil Bonames aufgewachsen, und in meiner Jahrgangsstufe war ich einer von drei Jungen, die das Gymnasium besuchen konnten. In einer reichen Stadt wie Frankfurt hängen die Bildungschancen leider immer noch vom Portemonnaie oder vom sozialen Status der

Fortsetzung auf Seite 4



Essay: Kapitalismus-Kritik

2

Der Kapitalismus sei gescheitert, argumentieren viele Beobachter. Der Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe hält in seinem Essay dagegen: Krisen seien vielmehr Momente eines überaus dynamischen Strukturwandels.

Foto: LepoRello (Wikipedia)



Ein ganz besonderes Trio

9

Lars Schäfer, Robert Ernst und Björn Corzilius haben im Anschluss an ihre Post-Doc-Phase jeweils die Leitung einer Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe im FB 14 – Biochemie, Chemie und Pharmazie – übernommen.



Ikone des Reggae

11

Bob Marley gehörte zu den populärsten Vertretern der aus Jamaika stammenden Musikrichtung. Was die wenigsten wissen: Der dunkelhäutige Musiker starb mit 36 Jahren an den Folgen des Schwarzen Hautkrebses.

kurz notiert

AStA-Semesterticket gilt jetzt hessenweit

Seit 1.3. können alle Studierenden der Goethe-Uni mit ihrem Semesterticket auch Busse und Bahnen im Gebiet des Nordhessischen Verkehrsverbundes (NVV) nutzen. Das AStA-Verkehrsreferat hatte 2012 erfolgreich mit dem NVV verhandelt. Mit dem Semesterticket sind jetzt Fahrten in allen öffentlichen Nahverkehrsmitteln in ganz Hessen möglich – und das für einen zusätzlichen NVV-Anteil am Semesterbeitrag von nur 5 €. „Nicht nur Studierende aus dem Raum Nordhessen profitieren von dieser Erweiterung, sondern auch all jene, die über das NVV-Gebiet fahren müssen“, führt Chris Kunze, Verkehrsreferent, aus. Sein Referatskollege Michael Grundmann hält fest: „Wir sind der einzige AStA in Frankfurt, der seinen Studierenden ein Hessenticket ermöglicht hat.“ Damit das NVV-Logo aufgedruckt wird, müssen die Studierenden ihre Goethe-Card re-validieren. UR

Weitere Informationen:
 ➤ www.asta-frankfurt.de

Lehramt: Bildungswissenschaften stärken Vorbereitung auf den Beruf

Ab Sommersemester 2013 wird der Lehramtsstudienanteil Grundwissenschaften vom Studienanteil Bildungswissenschaften ersetzt. Die Studierenden sollen durch die Module Unterrichten, Erziehen, Beurteilen, Innovieren und Schulpraktische Studien besser auf ihre pädagogisch-praktische Aufgabe als Lehrer(in) vorbereitet werden. Zunächst werden nur die Studienanfänger, die im Sommersemester 2013 ihr Lehramtsstudium aufnehmen, von den Änderungen betroffen sein. Erst ab dem Wintersemester 2014/15 sind die Bildungswissenschaften für alle Lehramtsstudierenden Pflicht. Im Rahmen der Umstrukturierung werden von der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL) Informationsveranstaltungen angeboten. Rebecca Röhrich, Akademie für Bildungsforschung u. Lehrerbildung

➤ www.abl.uni-frankfurt.de/44765559/Bildungswissenschaften

ILF-SOMMERLEHRGANG Bank- und Kapitalmarktrecht, 26.8.-6.9.2013.

Der Sommerlehrgang „Bank- und Kapitalmarktrecht“, den das Institute for Law and Finance in Zusammenarbeit mit einigen Anwaltssozietäten sowie in Kooperation mit JUVE und Lexxion im Sommer 2013 anbietet, vermittelt einen umfassenden Einblick in die Praxis des Bank- und Kapitalmarktrechts und der Unternehmensfinanzierung in all ihren Facetten. Der Lehrgang wendet sich an hoch qualifizierte junge Juristinnen und Juristen vor dem Berufseinstieg mit ausgeprägtem wirtschaftlichen Verständnis und besonderem Interesse für das Bank- und Kapitalmarktrecht. UR

➤ www.ilf-frankfurt.de

Fortsetzung von Seite 1 – Stadt und Universität im Dialog

Eltern ab. Ich habe es in dem Jugendhaus- und Ausbildungszentrum, das ich viele Jahre geleitet habe, oft erlebt, dass Eltern angesichts der Kosten für Schülerticket und Schulbücher



OB Feldmann bei der Bürgeruni-Diskussion zur Finanzkrise im Wintersemester 2012/13. Foto: HRZ

davon absehen, ihre Kinder aufs Gymnasium zu schicken. Ich dachte eigentlich, dass wir da schon weiter wären. Wir brauchen Hausaufgabenhilfen für alle, die Bedarf haben. Dass alle Kinder in Frankfurt ein gesundes Mittagessen bekommen, zählt für mich auch zur Bildungsgerechtigkeit. Und das Dritte ist die Mobilität, die ausgerechnet bei den weiterführenden Schulen nicht mehr kostenfrei ist. Mir war daher wichtig, die Schülertickets in Frankfurt günstiger zu machen. Dafür wird es auch stärker genutzt – weniger zu nehmen kann sich also auch ökonomisch nutzen.

»In Zeiten sozialer Umbrüche ist das Bedürfnis nach Solidarität und Gemeinschaft am stärksten.«

In letzter Zeit wird in der öffentlichen Debatte auch wieder über die (in fast allen Bundesländern) abgeschafften Studiengebühren diskutiert.

Aber wer reagiert denn auf diese finanziellen Stellschrauben? Das sind dann wieder die unteren Schichten. Die Diskussion über Studiengebühren muss sofort beendet werden. Das wirkt schon abschreckend, bevor sie überhaupt eingeführt werden.

Herr Feldmann, welches Bild haben Sie persönlich von der Goethe-Universität?

Nun, ich will Ihnen ein Beispiel nennen, von dem ich sehr beeindruckt bin: Das war die Diskussionsreihe der Bürgeruniversität im vergangenen Wintersemester zur Finanzkrise. Mit über 2.000 Menschen war die Veranstaltung sehr erfolgreich – so stelle ich mir die Verankerung der Universität in der Stadt vor. Dabei hatten wir im Vorfeld der Diskussion keine ganz leichte Situation mit Occupy und dem Zeltcamp am Willy-Brandt-Platz. Mir war eine inhaltliche Diskussion wichtig. Nach Rücksprache mit unterschiedlichsten Akteuren der Stadt kam die Idee auf, ob man nicht der Bürgerschaft ein Forum für eine Auseinandersetzung mit der Finanzkrise in der Bankenmetropole Frankfurt bieten müsste. So gab es dann Gespräche mit dem Universitätspräsidenten Prof. Müller-Esterl, der auch der Meinung war, dass eine solche konfliktreiche Diskussion an der Universität geführt werden müsse.

Welche Themen sollte denn eine Universität, die sich als Bürgeruniversität versteht, künftig innerhalb der Stadt stärker besetzen?

Ich bin jemand, der in den 70ern und 80ern sehr stark von den so genannten Wissenschaftsläden und dem Konzept des Wissentransfers geprägt worden ist. Die Frage war schon damals, was denn aus der universitären Forschung und Lehre nutzbar für den stadtgesellschaftlichen Dialog ist, auch in Verbindung mit der Wirtschaft. Daher ist mir wichtig zu fragen, welchen Beitrag die Goethe-Universität auch beim wirtschaftlichen Aufbau der Stadt leisten kann, z. B. mit HOLM (House of Logistics and Mobility), mit dem House of Finance und

auch in vielen anderen Fachbereichen. Ich würde mir beispielsweise auch wünschen, dass wir bei internationalen Städtepartnerschaften Verträge machen, die einen deutlichen Anteil an wissenschaftlicher Zusammenarbeit enthalten. Mir schwebt eine Art Roadshow vor, mit der die Stadt im Ausland zeigen kann, was sie kann. Wir sind in einem globalisierten Wettbewerb, da wollen wir die Treiber sein an dem Punkt. Ich fand sehr gut, wie sich kürzlich Stadt, Unternehmen und Universität in der Partnerstadt Tel Aviv präsentiert haben. Ich habe mit Herrn Müller-Esterl vereinbart, dass wir künftig gemeinsame Besuche bevorzugt in jenen Partnerstädten Frankfurts machen, die auch mit der Universität verpartnert sind, wie z. B. im Herbst in Prag.



OB Feldmann im Gespräch mit dem UniReport. Foto: Lecher

Eines der drängendsten Probleme des Studierens in Frankfurt sind die hohen Mieten und die vergleichsweise geringe Zahl an Wohnheimplätzen. Was kann und will die Stadt tun, um die Lage der Studierenden zu verbessern?

Frankfurt gehört zu den wenigen Städten in Deutschland mit Bevölkerungszuwachs. Daher sollte klar sein: Wir brauchen im Bereich des öffentlich geförderten Wohnens eine radikale Kehrtwende! 1995 hatten wir noch 53.000 geförderte Wohnungen, im Augenblick sind es noch knapp 30.000, bis zum Ende des Jahrzehnts werden es nur noch 21.000 sein. Das hat ganz massive Auswirkungen auf die Situation der Studierenden. Frankfurt dümpelt bei der Versorgung mit Wohnheimplätzen im einstelligen Prozentbereich herum. Das ist

»Ich sage nahezu bei jeder Veranstaltung: Bauen, bauen, bauen!«

kein Wohnungsmangel, sondern eine echte Wohnungsnot! Der Hinweis darauf, dass man in den Vororten noch günstige Wohnungen bekäme, trifft nicht zu, denn selbst in Stadtteilen wie Bonames sind die Mieten erheblich gestiegen. Wir haben in der globalisierten Bildungslandschaft mit der Wohnungsnot einen klaren Standortnachteil! Ich bin froh, dass wir mit der ABG-Holding etwas dämpfend auf den Mietmarkt einwirken können. Frankfurt hat einfach zu wenig Flächen. Wir hatten kürzlich eine Konferenz mit den Bürgermeistern der umliegenden Städte. Ich fand sehr erfreulich, dass der Oberurseler OB gesagt hat, dass man gemeinsam mit dem Studentenwerk dabei ist, Flächen auszuweisen. Das wäre aufgrund der geographischen Nähe für die Studierenden am Riedberg sehr günstig. Es reicht eben nicht, eine Uni zu haben, an der ein guter Professor unterrichtet. Man muss auch die existenziellen Bedürfnisse befriedigen. Deshalb gehen wir in die Offensive, ich sage nahezu bei jeder Veranstaltung: Bauen, bauen, bauen!

Sie haben bei der Wahl zum OB vor allem auch bei den jüngeren Wählern punkten können. An der Universität zeigt sich ein anderes Bild: Weniger als 14 % der Studierenden haben sich an der StuPa-Wahl beteiligt. Was könnte man gegen dieses immer größer werdende Desinteresse tun?

Entschlossenheit. Entschlossenheit dem, was gemeinhin als „Politikverdrossenheit“ bezeichnet wird, entgegenzuwirken. Wir, und damit meine ich nicht nur die Sparte der Politiker, müssen Tag für Tag daran arbeiten, dass sich nicht immer mehr Menschen von ihren politischen Gestaltungsmöglichkeiten bei Wahlen abkehren. Es ist ja nicht so, dass die heutige

»Die Diskussion über Studiengebühren muss sofort beendet werden.«

Gesellschaft weniger an Politik interessiert sei als früher. Schauen Sie sich an, wie viele Bürgerinitiativen alleine in Frankfurt aktiv sind. Ob zum Thema Kulturcampus in Bockenheim, dem Fluglärm in den südlichen Stadtteilen oder zur Situation der Kinderbetreuung, überall schließen sich Aktive zusammen, um für ihre Anliegen zu streiten. Das finde ich zwar richtig, ist mir aber oft zu kurz gegriffen. Es darf nicht nur darum gehen, Partikularinteressen zu vertreten, sondern wir müssen auch in Zusammenhängen denken. Sich in einer Partei zu engagieren oder eine zu wählen und dadurch den politischen Meinungsbildungsprozess zu beeinflussen, ist oft ein zähes Geschäft. Aber gerade Hochschulpolitik ist ein interessantes Feld, ich spreche da aus eigener Erfahrung. Hier können Ideen, Möglichkeiten und Strömungen entstehen, die dann Einfluss auf die Kommune oder das Land haben. Ich persönlich kann die Studierenden der Universität Frankfurt nur ermutigen, sich in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen. Je mehr dies tun, desto besser.

Die Fragen stellten Olaf Kaltenborn und Dirk Frank.

DAAD fördert Partnerschaften der Goethe-Uni

Frohe Kunde aus dem International Office: Der DAAD fördert die Strategischen Partnerschaften bis Ende 2016 mit über 900.000 €. Beteiligt sind die University of Toronto, die Karls-Universität Prag, die University of Birmingham, die Tel Aviv University und die University of Pennsylvania. Das IO bedankt sich bei den Fachbereichen für die große Zahl eingereicherter Forschungsvorhaben mit den Partnern und wird nach Unterzeichnung des Zuwendungsvertrags für viele der Projekte vor allem Mobilität fördern können. Bei entsprechender Mittellage können u. U. sogar noch 2013 einige weitere Projekte hinzukommen. Reise- und zum Teil auch Aufenthaltskosten werden ebenfalls für Stipendiaten übernommen, die an Partneruniversitäten Forschungs- und Studienaufenthalte durchführen oder in Partnerstädten Industriepraktika machen. Entsprechende Ausschreibungen werden folgen, auch für ein Auslandssemester im Rahmen einer co-tutelle-Promotion [gemeinsame Betreuung durch je eine(n) Professor(in) der GU und einer Partneruniversität]. Die Mobilität von Verwaltungspersonal, zum Beispiel zum Erfahrungsaustausch im Bereich der Hochschulautonomie, gehört ebenfalls zu dem geplanten Maßnahmenpaket. Besonders hervorzuheben ist die Summer School, die ab 2014 wahrscheinlich Wirtschafts-, Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Jura parallel anbieten wird. Weiterhin sind Delegationsreisen zur Vertiefung der gemeinsamen Aktivitäten mit den Partnern vorgesehen und eine große gemeinsame Konferenz im Jubiläumsjahr.

Matthias Diederich, International Office